

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0774 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen  
17.09.2009

### **CDU/CSU/SPD-Regierung macht Milch zu Gülle: Ursachenbekämpfung statt Beruhigungspillen für die Milchbauern**

Anlässlich der heute beginnenden Agrarministerkonferenz in Lutherstadt Eisleben und den von EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel vorgestellten weiteren Maßnahmen zur Unterstützung der Milchviehbetriebe erklärt **Ulrike Höfken**, Sprecherin für Ernährung und Verbraucherfragen:

Diese Bundesregierung hat die Bauern nicht "befreit", wie es vor vier Jahren Bauernverbandspräsident Sonnleitner als Wahlkampfhelfer versprach. Im Gegenteil: Mit ihrer auf "billig" und "Masse" ausgerichteten Agrar-Politik hat sie die Erzeugerpreise bewusst gedrückt und selbst starke landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin getrieben. Nicht das Schicksal der Bauern und mittelständischen Unternehmen ist der Maßstab dieser Regierung, sondern die Markteroberung der Agrarindustrie. Die Lebensmittelproduktion wird als Inflationsbremse genutzt. Es ist scheinheilig von Frau Aigner, der EU-Kommission den Schwarzen Peter für die Situation der Milchbauern zuzuschieben: Die Beschlüsse der CDU/CSU/SPD-Koalition im Bundestag fordern ja genau die Milchpolitik, die die Kommission betreibt. Die EU dient als Sündenbock- dabei sitzen die (Mit-)Täter in Berlin und den Bundesländern.

Die neuen Vorschläge der EU, dass die Mitgliedsstaaten Milchquote aus dem Markt herauskaufen können, sind nur dann sinnvoll, wenn sie in ein seriöses und marktgerechtes Regulierungskonzept eingebunden sind, wie es der BDM fordert. Sonst werden auch mit dieser Maßnahme nur weitere Steuermittel aus dem Fenster geworfen, wie es mit Intervention und Exportförderung bereits passiert. Diese beiden Instrumente führen nur zu neuen Milchseen und Butterbergen, bringen aber nichts für die heimischen Erzeuger sondern ziehen die bäuerlichen Milcherzeuger weltweit in Mitleidenschaft.

Die Milchproduktion muss an die Nachfrage angepasst werden, damit sich die Preise auf einem kostendeckenden Niveau stabilisieren können. Die Agrarminister der Bundesländer fordern wir darum auf, die nationalen Handlungsspielräume zur Marktentlastung aufzugreifen und die Saldierung sofort auszusetzen.

*Ulrike Höfken ist Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.*